

Projektmeldung | Lateinamerika | Beratung Öffentlicher Sektor

## 2nd Improving Fiscal and Institutional Governance Indicator Benchmarking Project

Regionale Technische Hilfe

[Finanzierungsantrag](#)

27.03.2018

<b>Land:</b>	Lateinamerika, Zentralamerika, Karibik, Südamerika
<b>Finanzierung:</b>	Interamerikanische Entwicklungsbank / Banco Interamericano de Desarrollo (BID)
<b>Referenznummer:</b>	RG-T3165
<b>Kategorie:</b>	Beratung Öffentlicher Sektor

Bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) wurde ein Zuschuss für ein geplantes regionales Entwicklungsvorhaben der technischen Hilfe beantragt. Hauptziel des Projekts ist die Stärkung der Kapazitäten der politischen Entscheidungsträger in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik für die Gestaltung und Umsetzung öffentlicher Politiken auf der Grundlage empirischer Erkenntnisse. Vorgesehen sind die Erstellung von Indikatoren für die öffentliche Verwaltung in den Ländern der Region, die Stärkung der öffentlichen Institutionen sowie der Vergleich ihrer Leistungen mit denen der OECD-Länder.

**Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen**

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

## 2ND IMPROVING FISCAL AND INSTITUTIONAL GOVERNANCE INDICATOR BENCHMARKING PROJECT

### **Mehr zu:**

Lateinamerika / Zentralamerika / Karibik / Südamerika

Beratung Öffentlicher Sektor / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Konjunktur / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt / Öffentlicher Sektor, übergreifend / Statistik

Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.